

Redebeitrag
Plenum, 10.12.2018
Haushaltsdebatte 2018-OB 40
-Alain Mertes-

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrte Damen und Herren,

Zu Beginn meines heutigen Redebeitrags möchte ich ein paar allgemeine Bemerkungen machen. Ich möchte ein paar Aussagen ins rechte Licht rücken, welche der Ministerpräsident bei der Vorstellung des Haushalts hier getätigt hat.

Ganz am Anfang seiner Rede stellt er die Wachstumsprognosen des föderalen Planbüros vor, welche ursprünglich, also Mitte dieses Jahres, noch ein etwas höheres Wirtschaftswachstum sowohl für 2018, als auch 2019, prognostizierten. Inzwischen seien diese Zahlen nach unten korrigiert worden. Laut Experten sei die Verschlechterung der Konjunkturprognosen nicht Haus gemacht. Sie sei vorwiegend auf internationale Krisen und Konflikte sowie auf den wiedererstarkenden Protektionismus großer Wirtschaftsmächte zurückzuführen.

Dann wird die Politik des Präsidenten der Vereinigten Staaten erwähnt, welcher Ostbelgien schade. Nun, um dies klar zu stellen: Ich bin kein Verfechter des amerikanischen Präsidenten und seiner Politik, jedoch lasse ich mich nicht von öffentlichen Meinungen blenden. Der amerikanische Präsident betreibt Politik wie ein Geschäft. Er tut dies sehr offen. Er versteckt seine Absichten und seine Vorgehensweise nicht. Jeder, der hinschaut, erkennt, dass es fast immer ums Geschäft und um Macht geht.

Doch sagen Sie mir, Kolleginnen und Kollegen, wo ist da der Unterschied zu Frau Merkel, Herrn Michel, Herrn Macron, Herrn Junker und Co? Ja, selbst in der DG geht es bei politischen Entscheidungen vorrangig ums Geschäft, um Geld, um Posten und um Einfluß. Wie winzig die DG im Vergleich zu großen Wirtschaftsnationen auch sein mag, das Prinzip ist das gleiche. Donald Trump bemüht sich nicht, dies zu verstecken oder so zu tun, als ob es um etwas anderes ginge. Das ist womöglich einer der wenigen Unterschiede zu den vielen anderen Vertretern der klassischen Politik.

Dann nennen Sie Herr Ministerpräsident bitte doch auch Frau Merkel, Herrn Michel, Herrn Macron, Herrn Junker, Herrn Putin, usw. namentlich, welche für die Russlandsanktionen verantwortlich sind. Auch diese schaden Ostbelgischen Unternehmen und damit Ostbelgien

Fraktion im PDG V.o.G.

selbst. Ich könnte jetzt so weiter machen, doch das würde definitiv den Rahmen sprengen. Wenn Sie schon internationale Aspekte erwähnen, dann bemühen Sie sich bitte um sachliche Darstellungen.

Ein banaler Grund, weshalb beispielsweise das Wirtschaftswachstum in 2019 für Belgien unter dem Durchschnitt der EU zurück bleibt, sind die Kommunalwahlen vom Oktober dieses Jahres. Vor Wahlen investiert die öffentliche Hand immer mehr Geld als üblich, um die Wähler zu beeindrucken. In 2018 immerhin rund 9,5% mehr als im Vorjahr. Natürlich ist aber nicht mehr Geld da, sodass im Folgezeitraum, also in 2019, ganz einfach gespart werden muss. In 2019 sind es dann voraussichtlich nur noch 0,2%. Die Investitionen der öffentlichen Hand tragen maßgeblich zum Wirtschaftswachstum bei. Weitere Aspekte hat mein Kollege vorhin schon angeführt. Diese Entwicklungen sind also doch auch Haus gemacht.

Als Anregung möchte ich Ihnen, Herr Paasch, noch folgendes mit auf den Weg geben: Als Vertreter von ProDG, was vom Sinn her ja „für die DG“ bedeutet, also von einer Partei deren Namen in seiner Bedeutung, nicht so weit von „DG first“ entfernt ist, wäre ich vorsichtig mit Äußerungen zum Protektionismus. Ihre Politik der sprachlichen und teilweise kulturellen Abschottung wird nicht überall mit Wohlwollen aufgenommen.

Auch die schon fast wie ein Mantra klingende Forderung nach der 4. Region ist eher von Überheblichkeit und Größenwahn geprägt, als das der praktische Mehrwert für Belgien, bzw. seine Bürger, im Vordergrund stünde. Die Mehrheit der Bürger interessiert sich nicht dafür, wer es macht. Sie möchten, dass es vernünftig gemacht wird und dass sie selbst dabei gut leben und frei bleiben können. Dieses Ziel sollte bei allen Entscheidungen an erster Stelle stehen.

Kommen wir zurück zum Haushalt. Natürlich begrüßen wir, dass sowohl der Haushalt von 2018 als auch 2019 ohne Neuverschuldung auskommt. Aber ehrlich gesagt, ist dies für uns eine Selbstverständlichkeit. Dass sich weltweit sehr viele Länder, Regionen, Gemeinschaften und Gemeinden permanent weiter verschulden, bedeutet ja nicht, dass dies richtig und gut ist.

Zudem ist die DG im Vergleich mit den anderen Gemeinschaften Belgiens finanziell sehr gut ausgestattet, was die Sache vereinfacht. Die niedrigen Zinsen helfen natürlich auch. Es ist also keine besondere Leistung dieser Regierung. Zwar hat sie den Pfad des ständigen Schuldenmachens vorerst verlassen, wobei die sehr hohe Verschuldung der Gemeinschaft von über 400 Millionen € nicht unerwähnt bleiben darf. Mein Kollege Michael Balter und auch Herr Mockel sind ja vorhin darauf eingegangen.

Es kommt aber nicht alleine auf die Zahlen an. Denn genau so bedeutend ist, was mit dem Geld gemacht wird, bzw. was nicht gemacht wird.

Fraktion im PDG V.o.G.

In Sachen Infrastruktur ist die Regierung ja vorne mit dabei. Kaum ein Projekt ist zu groß oder zu überdimensioniert, doch auf die Infrastrukturpolitik möchte ich heute hier nicht eingehen.

Nein, in vielen Bereichen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens sieht es nicht rosig aus. Die Fassade wird aufrechterhalten, doch dahinter bröckelt es an allen Ecken und Kanten!

Ich möchte den Fokus heute auf andere Aspekte legen. So zum Beispiel auf den Bereich des Sportes.

Die Regierung hat die Gründung einer Sportakademie angekündigt. Hintergrund ist die gewünschte Professionalisierung des Sportes. Was bisher mit vielen Ehrenamtlichen geschaffen wurde, wird nach Schaffung der Sportakademie teilweise durch Beamte gemacht werden. Geld spielt hier also zuerst mal gar keine Rolle.

Das Projekt ist aber nicht nur wegen der neuen Ausgaben kritikwürdig. Nein, auch wenn Professionalisierung sich nach besser anhört, so ist dies nicht zwingend der Fall.

Was viele dabei übersehen ist, dass Professionalisierung und Ehrenamt eigentlich nicht wirklich Hand in Hand gehen. Ehrenamt ist kein Beruf. Deshalb heißt es ja Ehrenamt. Zeitlich haben die Personen, welche eine Tätigkeit für das Gemeinwohl ausüben, gar nicht die Möglichkeiten, wie angestellte Personen. Deshalb ist ihre Arbeit auch nicht so professionell, also so, als wenn sie dafür hauptberuflich tätig wären, was aber nicht bedeutet, dass sie deswegen automatisch minderwertiger ist.

Wenn nun die Professionalisierung in den Breitensport durch die Schaffung einer Sportakademie Einzug erhält, wird dies auf Kosten des Ehrenamts geschehen. Da helfen auch die Beteuerungen nicht, dass es darum ginge, das Ehrenamt zu unterstützen.

Professionalisierung zerstört das Ehrenamt! Wir können langfristig nur das eine oder das andere machen. Warum glauben Sie denn, Kolleginnen und Kollegen, finden wir immer weniger Menschen, die sich ehrenamtlich einbringen möchten? Dies hat sicher auch mit den steigenden Erwartungen, die mit einer Professionalisierung einhergehen, zu tun. Es ist selbstverständlich, dass ehrenamtliche diesen Erwartungen nicht gerecht werden können. Zudem geht durch die Professionalisierung auch Freude und Spaß verloren. Die Leichtigkeit, welche sich eben gerade dadurch auszeichnet, dass nicht professionell, nicht beruflich und nicht mit hohem finanziellem Aufwand gearbeitet wird, verschwindet.

Dies wird am Beispiel des Fußballs sehr gut sichtbar. Die Bemühungen und Maßnahmen des belgischen Fußballverbandes haben Früchte getragen und die belgische Nationalmannschaft spielt seit einigen Jahren auf Weltniveau. Belgien hat in den letzten Jahren sehr viele Talente

Fraktion im PDG V.o.G.

entdeckt, gefördert und diese spielen in den besten europäischen Mannschaften. Doch es gibt auch eine Kehrseite dieser Medaille:

Ein Betreuer einer Jugendmannschaft eines Fußballclubs aus der französischsprachigen Gemeinschaft sagte mir dazu, ohne, dass ich ihn überhaupt auf das Thema angesprochen hatte, dass früher der Fußball als Ausgleich für die Kinder gedacht war, da sie in der Schule so kopflastig und leistungsorientiert unterrichtet würden. Spiel, Spaß, Bewegung und Körpergefühl standen im Vordergrund. Heute sei durch die Professionalisierung der Leistungsgedanke auch im Fußball angekommen. Er fand dies sehr schade.

Schon Acht- und Neunjährige trainieren heute oft zweimal, manche sogar dreimal pro Woche. Vor kurzem sagte ich vor diesem Hintergrund der Mutter eines jungen Fußballers scherzhaft, dass demnächst im Jugendbereich Hobbymannschaften gegründet werden würden, in denen Kinder nur einmal in der Woche Training haben und wo es vorrangig darauf ankomme, dass sie Spaß beim Fußball haben. Sie lachte und nickte. Als ich dies einige Wochen später, ebenfalls mit einem Lachen, einem Sportfunktionär erzählte, erwiderte mir dieser ernsthaft, dass ich dies noch erleben würde.

Ich möchte Ihnen wärmstens empfehlen, sich das nochmals durch den Kopf und vor allem durchs Herz gehen zu lassen.

Auf den Haushalt bezogen möchte ich Ihnen sagen: Es ist keine kluge Haushaltspolitik, Geld auszugeben und damit Strukturen zu zerstören, die man dann nachher mit zusätzlichem Geld versuchen muss aufrecht zu erhalten. Ohne Ehrenamt, ohne gemeinnütziges Engagement würde es die allermeisten Vereine und ihre wertvolle Arbeit nicht geben.

Ja, von dieser Regierung darf der Bürger professionelles Handeln erwarten und einfordern. Darin sollten Sie investieren. Aber bitte nicht umgekehrt. Lassen wir den Bürgern ihre Freiheit und akzeptieren wir, dass nicht alles perfekt ist! Nicht selten ist weniger mehr.

Übrigens scheint dies nicht nur im Sportbereich so zu sein. Auch aus dem Umfeld der Musikvereine höre ich inzwischen Ähnliches. Die hiesigen Musikvereine würden auf immer höherem Niveau spielen, doch Spaß und Freude gingen auch dort mehr und mehr verloren. Ich kann nicht beurteilen, inwiefern dies nur einzelne Stimmen sind, oder aber vermehrt so erlebt wird. Auf jeden Fall sollten wir, Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament hier genau hinschauen.

Wir tragen nicht nur Verantwortung für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir unterlassen.

Fraktion im PDG V.o.G.

Wobei wir beim Stichwort „Verantwortung“ wären. In vielen Bereichen wird den Menschen immer mehr die Verantwortung entzogen. Der Staat will den Menschen Sicherheit bieten und viele Menschen lassen sich das gerne gefallen. Schließlich ist es zuerst einmal bequemer, versorgt zu werden, als für sich selbst zu sorgen. Doch dies ist ungesund. So, wie Eltern ihre Kinder zur Selbständigkeit erziehen sollten, so sollte der Staat die Bürger in ihrer Verantwortung lassen.

Ein Beispiel aus der DG, wo sich diese Entwicklung zeigt, ist die Einführung der Jobcoachs beim Arbeitsamt. So genannte „schwer viermittelbare Arbeitssuchende“ werden an die Hand genommen und sollen intensive Hilfe bei der Vermittlung in eine Arbeitsstelle erhalten. Viele Personen aus dem Zielpublikum dieser Maßnahme legen fehlende Selbstständigkeit an den Tag. Sie haben nicht gelernt, sich zu bemühen, sich durch zu beißen, oder einfach mal über ihren Schatten zu springen und auch eine Arbeit anzunehmen, welche nicht zu 100% ihrem Traumberuf entspricht. Es ist kein Geheimnis, dass wir eine Generation von Prinzessinnen und Prinzen heranziehen, welche hohe Erwartungen an Arbeitsumfeld und Lohn haben, aber eher zurückhaltend in Sachen Arbeitseinsatz sind. Nein, dies gilt glücklicherweise nicht für alle. Doch vor einiger Zeit sagte mir ein wallonischer Unternehmer dazu folgenden Satz: „La génération roi vient d’arriver!“ Also sinngemäß übersetzt: „Die Prinzen-Generation ist angekommen!“ Mich stimmen solche Aussagen nachdenklich und ich kann dies nicht so stehen lassen.

Die Politik und die ihr nahe stehenden Dienste haben auch eine Verantwortung. Es kann nicht darum gehen, diese Personen, im Erwachsenenalter weiter auf Händen zu tragen. Nein, hier sind Konsequenzen nötig. Dazu hat die DG mit dem Arbeitsamt und dem in ihm integrierten Kontrolldienst inklusive Sanktionen einen Hebel in der Hand, um diese Menschen zu eigenständigem Handeln zu motivieren.

Dabei geht es mir nicht darum, jegliche Hilfestellung abzulehnen. Doch müssen die Haltung und der Umgang ganz klar so sein, dass die Betroffenen nicht daran vorbei kommen, Verantwortung für sich und ihr Leben zu übernehmen.

Lassen Sie mich, Kolleginnen und Kollegen, ein paar Worte zum Projekt „Kultur macht Schule“, dem sich ja in naher Zukunft das Projekt „Wirtschaft macht Schule“ hinzu gesellen wird, sagen.

Regierung und Mehrheit bezeichnen dieses Projekt als einen vollen Erfolg. Als ob die Tatsache, dass immer mehr Angebote in diesem Rahmen von Kulturanbietern geschaffen und von Schulen genutzt werden, an sich ein Erfolg sei.

Fraktion im PDG V.o.G.

Es gibt unterschiedliche Gründe, weshalb die Angebote zahlreich genutzt werden. Nicht alle geben Anlass zur Freude, doch dazu morgen im Rahmen meiner Stellungnahme zum OB30, Unterricht und Ausbildung, mehr.

Fakt ist jedenfalls auch, dass dieses Projekt dem Kultursektor einen großen Markt geöffnet hat. Zusammen mit dem Kulturdekret ermöglicht dies einigen Organisationen ganz neue finanzielle Möglichkeiten. Ob das alles tatsächlich nur zum Wohle unserer Kinder und Jugendlichen geschieht, wage ich zu bezweifeln.

Vergessen wir nicht, dass den Schulen ja auch beispielsweise im Bereich Sport oder Ernährung viele Projekte angeboten werden. Viele der Projekte sind einzeln betrachtet sicherlich bereichernd und sinnvoll. Doch wenn nun auch noch „Wirtschaft macht Schule“ hinzukommt, dann stelle ich mir langsam die Frage, wann die Schulen noch unterrichten sollen? Ich brauche wohl keinem in Erinnerung zu rufen, dass die Entwicklung der durchschnittlichen Schulkenntnisse unserer Schülerinnen und Schüler nicht unbedingt für Euphorie sorgen.

Auch ist mir bei dem Projekt „Wirtschaft macht Schule“ noch nicht ganz schlüssig, ob es da nicht doch mehr um die Vermarktung des Wirtschaftsstandortes Ostbelgien geht, als darum, wirtschaftliche Aspekte den Schülern nahe zu bringen. Ich befürchte, dass es in Wirklichkeit Teil der Marketing-, oder sollte ich sagen, Propagandastrategie, der aktuellen Regierung ist.

Abschließend möchte ich noch einige Anmerkungen zum BRF machen. Der einzige öffentlich rechtliche Radio- und Fernsehsender finanziert sich zum überwiegenden Teil aus Steuergeldern. Etwas weniger als 5,8 Millionen € erhielt der BRF in 2018 und etwas mehr als 5,8 Millionen € werden es in 2019 sein. Dies ist viel Geld. Dafür darf der Bürger ein qualitativ hochwertiges Programm erwarten. Doch wie sieht es mit der Unabhängigkeit des BRF aus? Wie wirkt sich die Nähe der Politik zum Medienhaus auf dessen Berichterstattung aus? Einige von Ihnen, Kolleginnen und Kollegen, werden sich noch an die kritischen Berichte des BRF zum Parlamentsumzug erinnern.

Der Direktor des BRF bestätigte mir auf Nachfrage, dass die seitens der Politik gestellten Anforderungen keinen investigativen Journalismus erlauben würden, da dazu ganz einfach die finanziellen und zeitlichen Mittel fehlen würden. Dies ist nachvollziehbar und ich behaupte, dies ist politisch so gewollt. Als der BRF in finanzielle Schwierigkeiten geriet, hat es Umstrukturierungen gegeben, die für den BRF im Allgemeinen und einige Personen im Besonderen, schmerzhaft waren.

Wen würde es wundern, wenn sich die Journalisten zweimal überlegen, ob sie das Risiko eingehen, indem sie so kritisch über die Politik in der DG berichten, wie es früher mal geschah. In

Fraktion im PDG V.o.G.

meine Augen besteht jedenfalls ein ungesunder Einfluss der Regierung auf diese Medienanstalt.

Wenn Steuergelder für die eigenen politischen Interessen missbraucht werden, dann läuft es gewaltig schief.

Aus den genannten Gründen werden wir dem Haushalt im Organisationsbereich 40 nicht zustimmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit,

Alain Mertes

Vivant-Fraktion im PDG